

Niederschrift

über die Sitzung des Verbandsgemeinderates der Verbandsgemeinde Nastätten am
28.11.2019

Sitzungsort: Niederbachheim, Dorfgemeinschaftshaus

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 22:16 Uhr

Unter Vorsitz von Bürgermeister Jens Güllering sind anwesend:

- a) Beigeordnete
Ernst-Georg Peiter
Heike Winter

- b) Ratsmitglieder
Fraktion der CDU
Lothar Bindczeck
Klaus Brand
Kai Brand
Cedric Crecelius (ab TOP 10)
Horst Fäseke
Martin Gasteyer
Norbert Hißnauer
Uwe Holstein
Tim Köhler

Fraktion der F.D.P.
Ralph Schleimer (ab TOP 2)

Fraktion der FWG
Holger Breithaupt
Roger Groß
Bernd Hartmann
Manfred Palm
Grit Palme
Mario Winterwerber
Ralf Zimmerschied
Heiko Zöllner

Fraktion der Grünen
Dr. Heiner Keltsch
Rainer Schmelzeisen
Susanne Schmitter

Fraktion der SPD
Wolfgang Bärz
Carsten Göller
Gerd Grabitzke
Marco Ludwig
Rudolf Minor
Thomas Scholl
Heike Ullrich

Jörg Winter

- c) Ortsbürgermeister/Beigeordnete
Heiko Singhof, Berg
Arno Diefenbach, Bogel
Hartmut Christ, Endlichhofen
Thilo Dehe, Hunzel
Günter Klamp, Lautert
Nina Berghäuser, Lipporn
Volker Palm, Niederbachheim
Stefan Wöll, Oberbachheim
Erhard Back, Obertiefenbach

- d) von der Verwaltung
Jürgen Kuhn
Sandra Köhler
Udo Pfaffenberger
Angela Michel als Schriftführerin

- e) Es fehlen folgende Beigeordnete:
Nadine Bärz

- f) Es fehlen folgende Ratsmitglieder:
Hans Joachim Rzeniecki
Jan Menzel
Barbara Ohlemacher

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Sitzungsniederschrift der letzten Verbandsgemeinderatssitzung
3. Einwohnerfragen
4. Bericht über Ausschusssitzungen
5. Feuerwehrangelegenheiten
 - Anschaffung HLF20/10 für die Feuerwehreinheit Miehlen (2019/078)
6. Beratung und Beschlussfassung über die Änderung der Hauptsatzung – Aufwandsentschädigungen Feuerwehr - (2019/075)
7. 11. Änderung des Flächennutzungsplanes; hier: Endgültige Entscheidung gemäß § 67 Abs. 2 GemO (2019/073)
8. Beratung und Beschlussfassung über die 18. Änderung des Flächennutzungsplanes; (2019/074)
 - a. Würdigung der Stellungnahmen und Anregungen aus den Beteiligungsverfahren nach §§ 3 (1), 4 (1) und 2 (2) BauGB
 - b. Öffentliche Auslegung gem. §§ 3 (2) + 4 (2)
9. Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe des Planungsauftrages "Masterplan Breitbandausbau" (2019/072)
10. Beratung und Beschlussfassung über den Haushalt 2020
11. Beratung und Beschlussfassung über die Wirtschaftspläne 2020
12. Beratung und Beschlussfassung über die Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Freibades der Verbandsgemeinde Nastätten (2019/076)

13. Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe der Wärmelieferung für die Mühlbach-Schule Miehlen (Vorlage wird nachgereicht)
14. Informationen zur Partnerschaft der Verbandsgemeinde mit Ruanda
15. Anfragen und Mitteilungen

Nichtöffentliche Sitzung:

16. Grundstücksangelegenheiten (2019/046)
17. Darlehensangelegenheiten

Zu Punkt 1: Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnet um 19.00 Uhr die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt fest, dass mit Schreiben vom 18.11.2019 unter Mitteilung der Tagesordnung ordnungsgemäß zur Sitzung eingeladen wurde und Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Der Vorsitzende dankt der Ortsgemeinde Niederbachheim für die Gastfreundschaft.

Ortsbürgermeister Palm begrüßt die Anwesenden und stellt die Ortsgemeinde vor.

Zu Punkt 2: Feststellung der Sitzungsniederschrift der letzten Verbandsgemeinderats-sitzung

Ratsmitglied Schleimer erscheint um 19:05 Uhr zur Sitzung und nimmt am Ratstisch Platz.

Der Verbandsgemeinderat fasst einstimmig mit 29 Stimmen folgenden Beschluss:

Der Sitzungsniederschrift des Verbandsgemeinderates vom 05.09.2019 wird zugestimmt.

Zu Punkt 3: Einwohnerfragen

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Zu Punkt 4: Bericht über Ausschusssitzungen

Der Vorsitzende informiert über die stattgefundenen Sitzungen.

Seit der letzten Verbandsgemeinderatssitzung habe eine Besprechung der Beigeordneten und der Fraktionsvorsitzenden stattgefunden. Hier wurde der Haushalt vorgestellt und über die hausärztliche Versorgung informiert.

Auf der Sitzung des Schulträger- und Sportstättenausschusses am 07.11.2019 wurde der Schuletat für 2020 beraten und informiert über die Ferienbetreuung, die Schulbuchausleihe, das Digitalpaket und die Mittagsverpflegung.

Beim Haupt- und Finanzausschuss am 13.11.2019 habe man überwiegend die heutigen Tagesordnungspunkte vorberaten. Die Mittagsverpflegung an den Grundschulen, die

hausärztliche Versorgung und die Koordinierungsstelle für die Flüchtlingsarbeit seien Thema gewesen. Im nichtöffentlichen Teil wurde über Personalangelegenheiten beraten.

Beim Werkausschuss am 14.11.2019 wurde über den Wirtschaftsplan, verschiedene Auftragsvergaben und Vergaben von Ingenieurleistungen beraten und beschlossen. Darüber hinaus seien die Anschaffung eines Fahrzeuges für das Wasserwerk und verschiedene Sachstandsberichte Thema gewesen.

Über die Ausschusssitzungen hinaus habe eine Sitzung des Verwaltungsrates der für die Klärschlamm Entsorgung zuständigen AÖR, eine Gesellschafterversammlung und eine Beiratssitzung der Kommunalen Holzvermarktungsorganisation, sowie eine Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Gemeinsame Feuerwehrwerkstatt stattgefunden.

Zu Punkt 5: Feuerwehrangelegenheiten – Anschaffung HLF20/10 für die Feuerwehrinheit Miehlen

Der Vorsitzende erläutert die Sitzungsvorlage.

Ratsmitglied Zimmerschied legt dar, dass man 10 Anbieter angeschrieben, aber nur wenige Angebote erhalten habe. Dies sei schade und zeige, wie gesättigt der Markt in diesem Bereich sei.

Ratsmitglied Hartmann nimmt an der Abstimmung über Los 1 nicht teil.

Der Verbandsgemeinderat fasst einstimmig mit 28 Stimmen folgenden Beschluss:

Der Verbandsgemeinderat stimmt der Anschaffung eines HLF20/10 für die Feuerwehrinheit Miehlen Los 1 mit einem Volumen von 83.285,05 € zu.

Der Verbandsgemeinderat fasst einstimmig mit 29 Stimmen folgenden Beschluss:

Der Verbandsgemeinderat stimmt der Anschaffung eines HLF20/10 für die Feuerwehrinheit Miehlen Los 2 und 3 mit einem Volumen von 257.104,86 € zu.

Zu Punkt 6: Beratung und Beschlussfassung über die Änderung der Hauptsatzung – Aufwandsentschädigungen Feuerwehr

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage und den Satzungsentwurf. Die gewünschten Änderungen des Haupt- und Finanzausschusses im Rahmen der Vorberatung wurden eingearbeitet. Darüber hinaus sei der Vorschlag auf der Wehrführerdienstbesprechung vorgestellt worden.

Der Verbandsgemeinderat fasst einstimmig mit 29 Stimmen folgenden Beschluss:

Der Verbandsgemeinderat stimmt der Änderung der Hauptsatzung entsprechend dem vorliegenden Entwurf zu.

Zu Punkt 7: 11. Änderung des Flächennutzungsplanes; hier: Endgültige Entscheidung gemäß § 67 Abs. 2 GemO (2019/073)

Der Vorsitzende erläutert die Sitzungsvorlage.

Der Verbandsgemeinderat fasst einstimmig mit 29 Stimmen folgenden Beschluss:

- a. die Zustimmung der Ortsgemeinden nach § 67 Abs. 2 GemO wird zur Kenntnis genommen.
- b. basierend auf der Beschlusslage vom 29.06.2006 (TOP 8.3) billigt der Verbandsgemeinderat die gegenüber der Fassung der regulären Beteiligung nach §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB aufgrund der Würdigung der hierzu eingegangenen Stellungnahmen lediglich redaktionell geänderten Planungsunterlagen als seinem Planungswillen entsprechend und beschließt die Feststellung dieses gesamten Planinhaltes der 11. Änderung des Flächennutzungsplanes einschließlich Begründung und Umweltbericht im Stand der Schlussfassung gemäß § 6 BauGB vom 09/2005 als endgültige Entscheidung im Sinne des § 67 Abs. 2 Satz 2 GemO.
- c. Die Verwaltung wird beauftragt, die Genehmigung nach § 6 Abs. 1 BauGB für die Planung zu beantragen und die Erteilung der Genehmigung bekannt zu geben gem. § 6 Abs. 5 BauGB.

Zu Punkt 8: Beratung und Beschlussfassung über die 18. Änderung des Flächennutzungsplanes

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage, diese wurde ausführlich im Haupt- und Finanzausschuss vorberaten. Es handelt sich um ein Parallelverfahren zum Bebauungsplan „Großflächiger Einzelhandel Rheinstraße / L 335“ der Stadt Nastätten

- a. **Würdigung der Stellungnahmen und Anregungen aus den Beteiligungsverfahren nach §§ 3 (1), 4 (1) und 2 (2) BauGB**

Es sind 9 Einzelwürdigungen vorzunehmen. Frau Köhler stellt die Stellungnahmen, die den Einzelwürdigungen zugrunde liegen jeweils kurz vor.

Würdigung der Stellungnahme der Kreisverwaltung des Rhein-Lahn-Kreises, Bad Ems, vom 23.07.2019:

Der Verbandsgemeinderat fasst einstimmig mit 29 Stimmen folgenden Beschluss:

Die landesplanerische Stellungnahme der Kreisverwaltung des Rhein-Lahn-Kreises vom 23.07.2019 wird zur Kenntnis genommen. Unter Verweis auf vorstehende Ausführungen wird kein Änderungsbedarf für die Darstellungsinhalte des Flächennutzungsplanentwurfs erkannt.

Würdigung der Stellungnahme der Kreisverwaltung des Rhein-Lahn-Kreises, Bad Ems, vom 24.07.2019:

Der Verbandsgemeinderat fasst einstimmig mit 29 Stimmen folgenden Beschluss:

Die Stellungnahme der Kreisverwaltung des Rhein-Lahn-Kreises wird zur Kenntnis genommen. Unter Verweis auf vorstehende Ausführungen wird kein Änderungsbedarf für die Darstellungsinhalte des Flächennutzungsplanentwurfs erkannt.

Würdigung der Stellungnahme der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Montabaur, vom 31.07.2019

Der Verbandsgemeinderat fasst einstimmig mit 29 Stimmen folgenden Beschluss:

Unter Verweis auf vorstehende Ausführungen wird die Stellungnahme zur Kenntnis genommen. Die Lage der genannten Altablagerungsfläche liegt außerhalb des räumlichen FNP-Änderungsbereichs. Die FNP-Plankarte wird jedoch für den nächsten Verfahrensschritt dahingehend angepasst, dass die Abgrenzung der Altablagerungsfläche nachrichtlich dargestellt wird (vergleichbar mit anderen entsprechenden Darstellungen im FNP). Einzelheiten sind der späteren Offenlagefassung der Planunterlagen zu entnehmen.

Würdigung der Stellungnahme des Landesamtes für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz, Mainz, vom 22.07.2019

Der Verbandsgemeinderat fasst einstimmig mit 29 Stimmen folgenden Beschluss:

Unter Verweis auf vorstehende Ausführungen wird die Stellungnahme zur Kenntnis genommen. Für die Darstellungsinhalte des Flächennutzungsplanentwurfs wird kein Änderungsbedarf erkannt.

Würdigung der Stellungnahme des Landesbetriebes Mobilität Diez, vom 10.07.2019

Der Verbandsgemeinderat fasst einstimmig mit 29 Stimmen folgenden Beschluss:

Unter Verweis auf vorstehende Ausführungen wird die Stellungnahme zur Kenntnis genommen. Planänderungsbedarf wird nicht erkannt.

Würdigung der Stellungnahme der IHK-Regionalgeschäftsstelle Montabaur, vom 10.07.2019

Der Verbandsgemeinderat fasst einstimmig mit 29 Stimmen folgenden Beschluss:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Unter Verweis auf vorstehende Ausführungen wird kein weitergehender Untersuchungsbedarf oder planerischer Änderungsbedarf erkannt.

Würdigung der Stellungnahme des Handelsverband Mittelrhein-Rheinhessen-Pfalz e.V., Zweigstelle Kaiserslautern, vom 20.03.2019

Der Verbandsgemeinderat fasst einstimmig mit 29 Stimmen folgenden Beschluss:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird kein weitergehender Untersuchungsbedarf oder planerischer Änderungsbedarf erkannt.

Würdigung der Stellungnahme der inexio Informationstechnologie und Telekommunikation GmbH, Saarlouis, vom 17.06.2019

Der Verbandsgemeinderat fasst einstimmig mit 29 Stimmen folgenden Beschluss:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die im Anhang beigefügten Unterlagen und die weiterführenden Informationen im anhängenden Merkblatt werden

zur Kenntnis genommen und zu Informationszwecken in die Begründung aufgenommen. Planänderungsbedarf wird nicht erkannt.

Würdigung einer privaten Stellungnahme, vom 15.07.2019

Der Verbandsgemeinderat fasst einstimmig mit 29 Stimmen folgenden Beschluss:

Die private Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Unter Verweis auf vorstehende Ausführungen wird im Rahmen der vorbereitenden Bauleitplanung kein Planänderungsbedarf erkannt.

Es wird ergänzend darauf hingewiesen, dass weitergehende Aspekte im Rahmen der nachfolgenden fachtechnischen Erschließungsplanungen und Maßnahmenrealisierungen berücksichtigt werden. Hierdurch kann sichergestellt werden, dass keine rechtlich unzulässigen Beeinträchtigungen entstehen.

Der Verbandsgemeinderat fasst einstimmig mit 29 Stimmen folgenden Beschluss:

Nach Beschlussfassung über die 9 Einzelvorschläge der Würdigung vom 28.10.2019 schließt sich der Rat hinsichtlich aller Bewertungen, für die das Planungsbüro die Erforderlichkeit vorsieht der Rechtsmeinung des Planers ausdrücklich an; die vorliegende Würdigung sowie die landesplanerische Stellungnahme der Kreisverwaltung Bad Ems nach § 20 LPIG wird insgesamt bestätigt.

Der Verbandsgemeinderat Nastätten macht sich somit die durch das Planungsbüro Karst Ingenieure GmbH vorgenommene Kommentierung bzw. Abwägung planungsrechtlich relevanter Belange aus den Stellungnahmen der durchgeführten Beteiligungsverfahren zu Eigen. Er stellt fest, dass planändernde Beschlüsse zu fassen sind und einen neuen Planentwurf generieren. Die beschlossenen Änderungen sind in die Planunterlagen der Offenlage einzuarbeiten.

b. Öffentliche Auslegung gem. §§ 3 (2) + 4 (2)

Der Verbandsgemeinderat fasst einstimmig mit 29 Stimmen folgenden Beschluss:

Aufgrund der Änderungen wird die so entstehende Entwurfsfassung zur Durchführung der regulären Beteiligung gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB gebilligt und freigegeben. Hierzu sind die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange schriftlich zur Stellungnahme aufzufordern. Die Beteiligung der Öffentlichkeit soll in Form einer öffentlichen Auslegung des Planentwurfes in der Verwaltung möglichst gleichzeitig erfolgen. Auslegungszeitraum und -ort sind von der Verwaltung öffentlich bekanntzumachen.

Zu Punkt 9: Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe des Planungsauftrages "Masterplan Breitbandausbau"

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage.

Ratsmitglied Gasteyer ergänzt, dass Breitband kein Luxusthema sei, sondern Grundversorgung darstelle. Es sei sinnvoll eine großflächige Lösung über Gemeindegrenzen hinaus anzustreben.

Ratsmitglied Hartmann regt an, dass in allen Verbandsgemeinden des Kreises der gleiche Anbieter beauftragt werden sollte um Synergien zu erzielen.
Der Vorsitzende erläutert hierzu, dass aus rechtlichen und förder-technischen Gründen jede Verbandsgemeinde einzeln einen Beschluss fassen müsse, allerdings sei eine gemeinsame Beauftragung durchaus von Vorteil.

Der Verbandsgemeinderat fasst einstimmig mit 29 Stimmen folgenden Beschluss:

Der Verbandsgemeinderat beauftragt den Bürgermeister in Abstimmung mit den Beigeordneten, den Planungsauftrag für den "Masterplan Breitbandausbau" an den wirtschaftlichsten Anbieter zu vergeben.

Zu Punkt 10: Beratung und Beschlussfassung über den Haushalt 2020

Ratsmitglied Crecelius erscheint um 20:08 Uhr zur Sitzung und nimmt am Ratstisch Platz.

Der Vorsitzende trägt die Haushaltsrede vor (siehe Anlage).

Ratsmitglied Gasteyer führt aus, dass die Beschlussfassung über den Haushalt die Weichenstellung für die Zukunft sei. Angesichts des Haushaltsausgleiches könne man fit und kraftvoll in das neue Haushaltsjahr starten. Besonders erfreulich sei, dass kein Euro an Liquiditätskrediten vorhanden sei, dies sei nicht selbstverständlich. Die vollständige Entschuldung stehe kurz bevor, aber auch erhebliche Investitionen kämen auf die Verbandsgemeinde zu. Man könne daher dankbar für die vorhandene Rücklage sein, die es ermögliche den Kreditbedarf zu reduzieren.

Mit dem Stellenplan investiere man in die Zukunft, insbesondere unter Berücksichtigung, dass man 9 Ausbildungsplätze biete, zuzüglich der 2 Auszubildenden der Werke. Ein Rekordhoch! Im Vergleich zu anderen Verwaltungen sei man dennoch insgesamt schlank aufgestellt.

Er dankt den Mitarbeitern der Verbandsgemeinde für die geleistete Arbeit. Dankbar müsse man auch für den starken Mittelstand sein. Die heimischen Betriebe seien Motor der Region, der Wertschöpfung vor Ort und böten Arbeitsplätze und Steuereinnahmen für die Gemeinden.

Die geplanten Investitionen im Bereich Feuerwehr seien Investitionen in die Sicherheit. Sein Dank gilt in diesem Zusammenhang den vielen Ehrenamtlern der Feuerwehr.

Die digitale Entwicklung in den Schulen sei sinnvoll. Wichtig sei hier die Abstimmung mit den Schulen.

Was die Umlage angehe, sei aktuell leider kein Spielraum für eine Senkung.

Hinter den veranschlagten 200.000 € für die ärztliche Versorgung stehe er voll und ganz. Diese komplett freiwillige Leistung sei notwendig aufgrund der alarmierenden Versorgungslage.

Insgesamt sei festzustellen, dass man immer mehr von der Aufgabendynamik überrollt werde, was Geld koste und eine gute Finanzausstattung auf allen politischen Ebenen notwendig mache. Man müsse die Region als starken Standort zum Leben und Arbeiten erhalten.

Ratsmitglied Zimmerschied legt dar, dass sich intensiv in der Fraktion mit dem Haushalt befasst wurde. Wie seit Jahren habe man eine gute wirtschaftliche Situation zu verzeichnen. Der Haushalt sei - trotz Rückgang des Steueraufkommens - ausgeglichen. Eine Umlagediskussion auf Grundlage der vorherigen Abschlüsse sei aufgrund der aktuellen Waldsituation denkbar gewesen, allerdings sähen die aktuellen Zahlen des Haushaltes 2020 anders

aus und man habe einige Investitionen vor der Brust, die keine Chance für eine Senkung ließen.

Der Ansatz in Höhe von 200.000 € für die ärztliche Versorgung werde unterstützt. Dies sei ein wichtiges und sensibles Thema für alle Bürger und weitere Anstrengungen in diesem Bereich seien wichtig. Er dankt dem Bürgermeister und allen Akteuren vor Ort für das Engagement. Die Kassenärztliche Vereinigung sehe man in der Pflicht, deren bisherige Vorgehensweise dringend überdacht werden müsste.

Er begrüße die Schuldenfreiheit, auch wenn diese aufgrund der geplanten Investitionen leider nicht lange andauern werde.

Er unterstütze die Schulsozialarbeit, hier sehe er aber eigentlich das Land in der Pflicht, tätig zu werden.

Zu befürworten seien die geplanten Investitionen. Der Einsatz der freiwilligen Feuerwehr sei zu würdigen und verdiene besonderen Respekt. Die Sanierung der Sportanlage sei wichtig für die sportliche Betätigung der Kinder und der Jugend. Er dankt Herrn Kuhn und seinem Team für die Betreuung in der Vorberatung. Die FWG Fraktion werde dem Haushalt vollumfänglich zustimmen.

Ratsmitglied Göller richtet den Dank der SPD-Fraktion an die Verwaltung. Es sei ein Haushalt, den man gerne anschau. Die Liste der geplanten Investitionen sei lang, aber gehe in die richtige Richtung. Positiv sei das leicht steigende Eigenkapital. Der Bedarf für die Bereitstellung von Mitteln für die hausärztliche Versorgung sei groß. Durch die 200.000 € stelle man die Handlungsfähigkeit sicher, die Mittel seien allerdings klug und überlegt einzusetzen. Er dankt dem Bürgermeister und dem Stadtbürgermeister für die intensive Arbeit. Die medizinische Versorgung und das Wirken der Kassenärztliche Vereinigung seien große Baustellen, ebenso wie das System der Krankenkassen. Die schlechte Entwicklung zeige die Absurdität des Gesundheitssystems insgesamt. Es müsse aus allen Fraktionen heraus versucht werden hier Einfluss zu nehmen.

Es sei gut, dass die Umlage stabil bleibe, insbesondere unter Berücksichtigung der bevorstehenden Investitionen der nächsten Jahre. Sehe man die Kommunalfinanzen insgesamt, könne man eine gute Situation vor Ort feststellen. Positiv sei, dass der Schuldenstand auf 0 gehe.

Das Thema Tourismus sei wichtig, auch wegen der geplanten Bundesgartenschau in der Region und im Hinblick auf das Weltkulturerbe Limes. Man müsse Gaststätten und Unterkünfte in den Blick nehmen und strukturiert eine sinnvolle Entwicklung vorantreiben. Bei der Personalentwicklung im Bereich der Bauverwaltung sei nachzusteuern, aufgrund der vielen laufenden Verfahren und Projekte. Bei Bedarf müsse man auch kurzfristig unterjährig reagieren. Die Fraktion werde dem Haushalt zustimmen.

Ratsmitglied Schleimer befürwortet die eingestellten 200.000 € für die hausärztliche Versorgung. Dies sei ein positives Signal für die Bevölkerung. Er dankt dem Bürgermeister und der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Mit den bevorstehenden Investitionen und der damit notwendig werdenden Neuverschuldung werde man sicherlich gut zurecht kommen.

Der Verbandsgemeinderat fasst einstimmig mit 30 Stimmen folgenden Beschluss:

Der Verbandsgemeinderat stimmt dem Haushalt und der Haushaltssatzung 2020 zu.

Zu Punkt 11: Beratung und Beschlussfassung über die Wirtschaftspläne 2020

Der Vorsitzende nimmt Stellung zu den Wirtschaftsplänen (siehe Anlage).

Ratsmitglied Winter legt dar, dass der Jahresverlust in Höhe von rund 324.000 € im Bereich Wasser nicht liquiditätswirksam werde. Man plane hier Investitionen in Höhe von 4,7 Mio. € in verschiedene Projekte und Maßnahmen. Im Bereich Abwasser betrage der Verlust rund 286.000 €. Hier wirke sich die bereits beschlossene Entgelthanpassung aus. Die Investitionen beliefen sich hier auf 4,5 Mio. €. Er stellt fest, alle Investitionen seien Investitionen in die Zukunft und in eine gesicherte Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung. Sie seien notwendig um den Stand der Technik zu erhalten.

Ratsmitglied Kai Brand legt dar, dass die Schulden von über 40 Mio. € durch notwendige Investitionen bedingt wären, die überwiegend den gesetzlichen Vorgaben geschuldet seien. Beispiele hierfür seien die Löschwassersicherstellung, gestiegene Auflagen im Bereich Wasserversorgung und die neue Klärschlamm Entsorgung. Mit der Anpassung der Gebühren im Bereich Abwasser habe man einen Mittelweg gefunden, um die Bürger nicht zu sehr zu belasten aber die Finanzen sicherzustellen. Es stünden schließlich auch große Aufgaben bevor, die zu finanzieren seien. Er dankt der Werkleitung und den Mitarbeitern für die geleistete Arbeit.

Ratsmitglied Palm legt dar, dass man trotz den hohen Einnahmezahlen Verluste zu verzeichnen habe. Damit diese nicht liquiditätswirksam werden, seien Anpassungen der Entgelte notwendig geworden. Dies sei zunächst im Bereich Wasser erfolgt und nun auch im Bereich Abwasser durch eine dreistufige Erhöhung. Er stellt klar, dass man regelmäßig in die Anlagen investieren müsse, um auf dem aktuellen Stand der Technik zu bleiben. Dies seien hohe aber unumgängliche Investitionen. Im laufenden Betrieb könne man sich auf die Verwaltung und das technische Personal verlassen, die die vorhandenen Anlagen in einem Topzustand erhalten würden.

Der Verbandsgemeinderat fasst einstimmig mit 30 Stimmen folgenden Beschluss:

Der Verbandsgemeinderat stimmt den Wirtschaftsplänen 2020 zu.

Zu Punkt 12: Beratung und Beschlussfassung über die Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Freibades der Verbandsgemeinde Nastätten

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage. Die Satzung sei im Haupt- und Finanzausschuss vorberaten worden. Die gewünschten Änderungen des Ausschusses wurden in den neuen Entwurf eingearbeitet. In der Freibadsaison 2019 konnte man 42.996 Besucher im Waldschwimmbad verzeichnen. Den Wasserverlust habe man im Griff. Der Schaden sei weitgehend behoben, nur im Planschbecken stünden noch kleinere Arbeiten aus.

Ratsmitglied Klaus Brand verlässt den Sitzungssaal.

Der Verbandsgemeinderat fasst einstimmig mit 29 Stimmen folgenden Beschluss:

Der Verbandsgemeinderat beschließt die Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Freibades der Verbandsgemeinde Nastätten entsprechend dem vorliegenden Entwurf.

Zu Punkt 13: und Beschlussfassung über die Vergabe der Wärmelieferung für die Mühlbachschule Miehlen

Ratsmitglied Klaus Brand nimmt wieder am Sitzungstisch Platz.

Der Vorsitzende verweist auf die per E-Mail am Vortag nachgesendeten Vergabeunterlagen für die Wärmelieferung an der Mühlbachschule in Miehlen und erläutert die Eckpunkte.

Ratsmitglied Klaus Brand fragt, ob noch bauliche Veränderungen erforderlich seien, bei dem angebotenen Konzept mit zwei kleinen Kesseln. Herr Pfaffenberger erläutert, dass nur kleine Veränderungen notwendig seien. Insbesondere die Tür könne bleiben.

Ratsmitglied Hartmann begrüßt, dass man unter der Preiskalkulation liege. Er fragt an, ob bei der Größe der Anlagenkapazität ein Anschluss weiterer Gebäude denkbar sei. Dies wird von Herrn Pfaffenberger bejaht.

Ratsmitglied Keltsch gibt die gesetzlichen Entwicklungen bei Holzheizanlagen zu bedenken. Herr Pfaffenberger führt hierzu aus, dass die angebotene Anlage kaum Feinstaub erzeuge, bedingt durch die eingebaute Abgasreinigung. Man liege hier über den aktuellen gesetzlichen Anforderungen. Die zwei Kessel böten darüber hinaus den Vorteil, dass der Modulationsbereich größer sei und dadurch die Öfen öfter im Nennlastbereich betrieben werden könnten. Das wirkt sich positiv auf die Abgasbelastung aus.

Der Verbandsgemeinderat fasst einstimmig mit 30 Stimmen folgenden Beschluss:

Der Verbandsgemeinderat ermächtigt den Bürgermeister, nach Ablauf der Informations- und Wartepflicht (§134 GWB) den Auftrag zur Wärmelieferung an der Mühlbachschule an das Nebenangebot der SWK zu erteilen.

Zu Punkt 14: Information zur Partnerschaft der Verbandsgemeinde mit Ruanda

Der Vorsitzende erläutert die Eckpunkte der Partnerschaft der Verbandsgemeinde mit Ruanda. Die gespendeten Mittel gingen ausschließlich über das Partnerschaftsbüro des Landes Rheinland-Pfalz nach Ruanda. Mitteleinsatz und Projektrealisierung werde von Mitarbeitern des Landes vor Ort überwacht. Das aktuell konkrete Projekt sei ein Projekt an der Schule „Groupe Scolair Ngaram“ mit 841 Schülerinnen und Schülern. Es herrsche große Raumnot und schlechte hygienische Bedingungen. Mit Hilfe der Spendenmittel wurden zwei Klassenräume und ein Büro für den Schulleiter angebaut. Die dadurch frei gewordenen Räume könnten nun ebenfalls als Klassenraum genutzt werden. Darüber hinaus seien 10 neue Latrinen und ein weiterer Wassertank für Regenwasser gebaut worden. Die Baukosten hätten 37.500 € betragen. Finanziert seien diese über die Spendenmittel der Verbandsgemeinde in Höhe von 7.500 € und Landesmittel. Die Dokumentation des Projektes wird rund gereicht. Weitere Förderprojekte seien in Planung.

Der Vorsitzende informiert über die Planungen zum Verwaltungsaustausch. Der Rat nimmt diese Bemühungen zustimmend zur Kenntnis.

Zu Punkt 15: Anfragen und Mitteilungen

- a) Die Arbeitslosenquote im Geschäftsbereich Nastätten lag im August bei 2,0 %, in Montabaur bei 2,6 % und im Rhein-Lahn-Kreis bei 2,5 %.
- b) Es werde weiterhin Fachpersonal für die Schwimmbäder gesucht.
- c) Der Lebendige Adventskalender ist am 19.12.2019 ab 18:00 Uhr bei der Verbandsgemeindeverwaltung zu Gast.

- d) Essen auf Rädern durch die Fidler-Stiftung werde zum Jahresende eingestellt. Die Verwaltung bemühe sich darum Alternativen zu vermitteln.
- e) Die elektronische Einladung zu Sitzungen werde im neuen Jahr starten.

Ratsmitglied Zimmerschied dankt im Namen aller Fraktionen den Mitarbeitern der Verwaltung und der Werke für das gute Miteinander und die erbrachten Leistungen und hofft auf ein ebenso produktives Jahr 2020.

Damit ist der öffentliche Teil der Sitzung beendet. Die Besucher werden gebeten den Saal zu verlassen, die Sitzung wird für 5 Minuten unterbrochen.

Nichtöffentliche Sitzung

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Der Vorsitzende schließt um 22:16 Uhr die Sitzung.

gez. Güllering

Vorsitzender

gez. Michel

Schriftführerin

Sitzung VG-Rat 28.11.2019

TOP 10 – Beratung und Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2020

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren des Verbandsgemeinderates,
liebe Beigeordnete,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
sehr geehrte Gäste und Vertreter der Medien,
meine Damen und Herren.

Während am gestrigen Tag im Deutschen Bundestag die Generaldebatte über den Haushalt für das kommende Jahr geführt wurde, ist es glaube ich vollkommen richtig, dass heute der Verbandsgemeinderat Nastätten an der Reihe ist und über den Plan für 2020 berät und entscheidet.

Wir haben Ihnen einen Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2020 vorgelegt der deutlich macht, wo wir uns als Verbandsgemeinde sehen. Mancher stellt sich vielleicht ab und an die Fragen, für wen stellen wir eigentlich diesen Haushalt auf? Oder wer außer uns interessiert sich eigentlich dafür?

Für wen diskutieren wir in den Fraktionen den Haushalt? Und für wen werden wir diesen Haushalt – wie ich hoffe – heute beschließen? Für uns selbst? Für unsere Gremien? Für die Mitarbeiter der Verbandsgemeindeverwaltung?

Die Antwort lautet schlichtweg: Für die Menschen im Blauen Ländchen und für unsere Städte und Gemeinden, die zu unserer Verbandsgemeinde gehören!

Dieser Haushalt bildet die Grundlage für unsere Entscheidungen in den kommenden zwölf Monaten. Er ist quasi unser Handbuch, unser Leitfaden zur Umsetzung von Politik.

Politik und Politiker gehören in unserer Gesellschaft ja nicht zum Beliebtesten, was es gibt.

In Parteien und Gewerkschaften mitzuarbeiten, gehört zum Beispiel zu den mit Abstand unbeliebtesten ehrenamtlichen Aufgaben unter Jugendlichen. Aber wenn über Politik diskutiert wird, dann handelt es sich in den allermeisten Fällen um bundesdeutsche oder europäische Politik. Dabei wird oft vergessen, dass politische Prozesse grundsätzlich auf unterster Ebene beginnen: in unseren Gemeinden, Städten und Landkreisen.

Auf unserer Ebene geht es um die Ausstattung von Schulen, die Betreuungsangebote für die Jüngsten, um die Ausstattung der Feuerwehr, die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung. Alles Politikfelder, die die Menschen ganz unmittelbar betreffen. Und für die zu arbeiten es sich lohnt!

Mir persönlich ist es ganz besonders wichtig, dass wir uns als Verbandsgemeinde nicht als die eine und die Städte und Gemeinden als die andere Ebene sehen. Wir gehören untrennbar zusammen. Das sieht man an der Verzahnung der Aufgabenwahrnehmung durch die Verwaltung und bzw. auch gerade beim Haushalt der Verbandsgemeinde. Gerade in dieser Verbandsgemeinde erkenne ich die außerordentlich positiv beeindruckende Philosophie, dass gerade die Mitglieder in den Gremien der Verbandsgemeinde bei allen Entscheidungen sich immer darüber bewusst sind, dass die Verbandsgemeinde nicht zu einem Selbstzweck existiert sondern als Gebietskörperschaft Teil der kommunalen Familie und als Verwaltungseinheit Dienstleister für die Stadt, die Gemeinden und die Menschen im Blauen Ländchen ist. Das war in der letzten Legislaturperiode so und das wünsche ich mir auch für die nächsten fünf Jahre.

Der Haushaltsplanentwurf wurde ausführlich im Haupt- und Finanzausschuss und auch im Schulträgerausschuss vorgestellt, beraten und einstimmig dem Rat zur Beschlussfassung empfohlen. Darüber hinaus haben sich die Fraktionen – zum Teil mit Unterstützung durch Kämmerer Jürgen Kuhn – mit dem Zahlenwerk befasst. Entsprechend der gesetzlichen Vorgabe wurde der Planentwurf in der Zeit vom 31. Oktober bis 15. November 2019 öffentlich ausgelegt. Anregungen und Hinweise gab es keine.

Lassen Sie mich ein paar wenige **Eckdaten** des Haushaltsplanentwurfes 2020 ansprechen:

Wir haben im Ergebnishaushalt einen kleinen **Überschuss** von 4.633,-- € ausgewiesen. Ja. Es ist ein kleiner Überschuss, aber es ist einer.

Viel interessanter und als Signal wichtiger finde ich in diesem Zusammenhang den Blick auf die **Umlage**, also auf den Satz, den wir zur Finanzierung unserer Aufgaben von den Gemeinden erheben. Und diese Umlage kann auch für das Jahr 2020 stabil bei 28 % Punkten bleiben. Damit verbunden sind aus meiner Sicht zwei wichtige Erkenntnisse. Zum einen liegen wir mit diesem Umlagesatz im landesweiten Vergleich ganz vorne, nehmen von unseren Gemeinden also weit weniger, als es andere tun müssen. Der Landes- und Kreisschnitt liegt bei rund 35 %. Und zum anderen haben wir diesen Umlagesatz seit der als einmalig geplanten 3 %-Senkung im Jahr 2016 damals nur um 2 % wieder erhöht, was also seitdem zu einer dauerhaften jährlichen Entlastung unserer Stadt und Gemeinden geführt hat und führt.

Ja. Im Vorfeld der Haushaltsberatung wurde auch kurz über die Umlage gesprochen und auch die Frage diskutiert, ob nicht Luft für eine weitere Senkung besteht. Ich sage ganz klar, dass ich diese Luft nicht erkenne. Zum einen ist der Jahresüberschuss im Planentwurf so gering, dass jede Senkung automatisch zu einem Fehlbetrag führen würde. Und zum anderen wäre es aus meiner Sicht vor dem Hintergrund der bevorstehenden Investitionen in den kommenden Jahren nicht richtig, jetzt die Rücklage abzuschmelzen und dann später höhere Investitionskredite aufnehmen zu müssen. Denn jeder nicht durch Kredite zu finanzierende Euro muss auch nicht über 30 Jahre verzinst werden und entlastet damit langfristig und dauerhaft die Umlage. Ich will an dieser Stelle nicht die Diskussion über die Umlage eröffnen, zumal im Haupt- und Finanzausschuss auch in dieser Frage Konsens bestand. Aber zur Erläuterung war es mir wichtig, in aller Kürze unsere Haltung zu diesem Themenfeld zu erläutern. Wie bereits gerade erläutert, ist ein ganz wichtiger Aspekt für die Stabilität der Umlage die Höhe der **Verschuldung**. Denn jeder Euro Zinsen ist letztlich aus der Umlage zu finanzieren. Deshalb, und das ist eine wirklich ganz tolle Entwicklung, gibt es allen Grund zur Freude, dass die Verbandsgemeinde Nastätten im Kernhaushalt spätestens Ende März 2020 schuldenfrei sein wird. Während der Landesdurchschnitt der Pro-Kopf-Verschuldung aller Verbandsgemeinden bei über 300,-- € liegt, weisen wir bei dieser Kennzahl ab dem kommenden Jahr eine 0 aus.

Wenn ich vorhin die Stabilität der Umlage für das kommende Haushaltsjahr angesprochen habe, muss an dieser Stelle auch der Blick auf die **Steuerkraft** und die Umlagegrundlagen gerichtet werden. Insbesondere die Umlagekraft aus der Gewerbesteuer reduziert sich um rd. 878.000 €, was in den betroffenen Gemeinden unmittelbar aber auch bei der Verbandsgemeinde beim Aufkommen der Umlage spürbar wird.

Trotz allem können wir uns über eine gesunde Struktur unserer Gemeinden freuen. Steigende **Einwohnerzahlen** auf Ebene der Verbandsgemeinde sind für mich ein Beleg dafür, dass es attraktiv ist, im Blauen Ländchen zu leben. Gut ist, dass unsere Gemeinden hier vorausschauend planen. Sei es in der Ausweisung von

Neubaugelbietel, sei es die Dorferneuerung mit dem Ziel, Leerstände im Ortskern zu vermeiden oder sei es die Förderung junger Familien durch entsprechende Programme. Es wird viel getan, es wird einiges geboten. Wir als Verbandsgemeinde begleiten und unterstützen das sehr gerne und tragen damit zu einer positiven Entwicklung der Region bei.

Zur gesunden Struktur gehört aber auch, dass die **Wirtschaft** sich weiterhin stabil zeigt, was in der Arbeitslosenquote – aktuell liegen wir bei historisch niedrigen 2 % im Bezirk Nastätten – aber insbesondere auch im Haushalt der Gemeinden und der Verbandsgemeinde bei der Einkommenssteuer deutlich wird. Aber diese Steuererträge in den Gemeinden fallen nicht vom Himmel, sondern sind auf ein gut aufgestelltes Handwerk und den Mittelstand hier bei uns im Blauen Ländchen zurückzuführen. Von daher ist es durchaus angemessen, auch an dieser Stelle den vielen kleinen, den mittleren und auch den etwas größeren Unternehmen in unserer Region ganz herzlich zu danken. Unternehmertum braucht Mut. Unternehmertum stützt und finanziert aber auch nachhaltig die kommunale Entwicklung und schafft Arbeitsplätze. Herzlichen Dank hierfür.

Ebenfalls zu erwähnen ist die **freie Finanzspitze**, die die eigentlich interessante Kennzahl eines Haushaltes ist. Hier wird nämlich deutlich, dass das laufende Ergebnis, also die Saldierung von Ein- und Auszahlungen, abzüglich der Tilgungen immer noch zu einem positiven Betrag von rd. 456.000,-- € führt. Diese freien Mittel dienen der Finanzierung von Investitionsmaßnahmen. Mit Blick auf die kommenden Jahre wird diese freie Finanzspitze zunächst stabil bleiben, wahrscheinlich dann aber ab dem Jahr 2023 zurückgehen, da wir ab diesem Jahr wieder von Tilgungsleistungen für dann aufzunehmende Kredite ausgehen.

Womit ich auf einige **Schwerpunkte des Haushaltes 2020** zu sprechen kommen möchte.

Wie in jedem Haushalt der Verbandsgemeinde nimmt die **Feuerwehr** einen breiten Raum ein. Das ist gut so, denn hier kümmern wir uns mit über 700 freiwilligen Frauen und Männern und mit über 120 Kindern und Jugendlichen in der Jugendfeuerwehr um die Sicherheit unserer Bevölkerung. Ich bin froh und dankbar, dass es unsere Feuerwehren so gibt und danke stellvertretend für alle der Wehrleitung der Verbandsgemeinde, den Wehrführern, den Führungskräften und Funktionsträgern für das wirklich großartige Engagement. Für dieses freiwillige Engagement müssen wir dankbar sein. Denn Freiwilligkeit kann man nicht kaufen. Kaufen können wir aber die Ausrüstung. Und das tun wir auch im kommenden Jahr wieder. So haben wir Planungs- und Grunderwerbskosten für den Neubau der beiden Gerätehäuser in Nastätten und Miehlen im Plan und in der Finanzplanung– noch auf ganz vage Prognosen basierende Baukosten - veranschlagt.

Ebenso haben wir die laut unserem Fahrzeugbeschaffungskonzept festgelegten Haushaltsmittel im Plan vorgesehen. Damit besteht die Grundlage u. a. zur Beschaffung eines HLF 10 für die Einheit Nastätten und diversen kleineren Anschaffungen entsprechend dem vom Verbandsgemeinderat im März diesen Jahres beschlossenen Konzepts. Ebenfalls wird im nächsten Jahr unser interkommunales Projekt der gemeinsamen Feuerwehrwerkstatt ihren Betrieb aufnehmen. Unser finanzieller Anteil daran ist im Haushaltsplan 2020 veranschlagt. Die Weichen im Zweckverband sind positiv gestellt. Demnächst wird der Bauantrag für die notwendigen Umbauarbeiten gestellt. Der Werkstattleiter wird zum 1.1.2020 seinen Dienst antreten und sein Stellvertreter voraussichtlich zum 1.2.2020.

Ein weiterer Investitionsschwerpunkt der kommenden Jahre wird die Sanierung der **zentralen Sportanlage** in Nastätten sein. Nach den Vorschriften der Gemeindeordnung sind wir für den Betrieb und die Unterhaltung zuständig. Im Sinne einer guten Möglichkeit zur sportlichen Betätigung der Bevölkerung, der Vereine und ganz besonders auch der Schulen stellen wir uns dieser Aufgabe und werden die Anlage sanieren. Die Planungskosten dafür sind im Haushalt 2020 veranschlagt. Wann genau gebaut werden kann hängt von der Zuschussbewilligung ab. Der entsprechende Antrag ist gestellt.

Selbstverständlich findet sich im Haushalt 2020 auch das Megathema der **Digitalisierung** wieder. In mehreren Bereichen werden wir tätig. Zum einen haben wir als Verbandsgemeinde die Aufgabe des Glasfaserausbaus von den Ortsgemeinden und der Stadt übernommen. In einem gemeinsamen Projekt mit dem Kreis werden nun die Schulen und Gewerbegebiete mit Glasfaser bis ins Gebäude erschlossen. Ebenso arbeiten wir daran, die bisher noch nicht erschlossenen Außengebiete anzubinden, wobei hier noch einiges an Klärungsbedarf besteht. Dies alles soll mit Bundes- und Landesmitteln gefördert und unterstützt werden. Die Koordinierung läuft über den Kreis, mit dem wir hierzu eine Durchführungsvereinbarung geschlossen haben. Das große Ziel dieses Prozesses ist, dass mittelfristig alle Gebäude in unserer Verbandsgemeinde und darüber hinaus mit Glasfaser angeschlossen werden. Sie können sich vorstellen, dass dies nicht von heute auf morgen geht und mit erheblichen Baumaßnahmen verbunden ist. Deshalb gibt es dafür auch die Notwendigkeit eines Masterplanes, der eben diese Erschließung in Abstimmung mit Baumaßnahmen der Gemeinden, der Werke oder anderer Versorgungsträger beleuchtet. Einen entsprechenden Beschluss hierzu haben wir gerade eben gefasst.

All diese Schritte spiegeln sich im Haushaltsplan 2020 oder in den Plänen der Folgejahre wieder. Ich gebe zu, dass ich vor 6 oder 7 Jahren noch nicht geglaubt habe, dass für solche Maßnahmen einmal Geld im kommunalen Haushalt bereitgestellt werden muss. Denn schließlich ist das doch Aufgabe der Telekommunikationsanbieter. Doch leider versagt hier der Markt, gerade im ländlichen Raum, und um wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen wir selbst ran.

Aber nicht nur Glasfaser gehört zum Thema der Digitalisierung. Auch das Thema „Digitalpakt“ für **Schulen** findet sich im Haushalt 2020 wieder. Zwar haben wir, was die Einnahmen angeht, zurückhaltend geplant. Aber wir sind mit den Ansätzen handlungsfähig und werden in enger Abstimmung mit unseren beiden Grundschulen die uns aus dem Digitalpakt in den nächsten drei Jahren zustehenden Mittel in Höhe von insgesamt rund 240.000 € sinnvoll im Sinne unseres Nachwuchses investieren. In diesem Zusammenhang bedanke ich mich bei den Schulen insgesamt, den Schulleitungen und auch den Mitarbeiterinnen der Schulsozialarbeit für die wirklich gute Zusammenarbeit und das große Engagement für die Kinder. Gute Schulen sind neben einer guten Betreuung der ganz Kleinen wesentliche Standortfaktoren einer Region. Und da sind wir hervorragend aufgestellt und wollen das auch in Zukunft bleiben. In diesem Zusammenhang will ich auch in Zukunft gerne unser Markenzeichen einer **familienfreundlichen Verbandsgemeinde** deutlicher herausstellen. Neben den guten Angeboten in Kitas und Schulen gibt es in diesem Bereich weitere Ansätze, die ich gerne im kommenden Jahr konkretisieren möchte um dann spätestens im Folgejahr die Umsetzung zu ermöglichen.

Neben alledem bietet der Haushalt 2020 einen Ansatz in Höhe von 200.000 € für die **Ärztliche Versorgung**. Grundsätzlich werden Haushaltsmittel veranschlagt, wenn ganz genau feststeht, was damit umgesetzt werden soll. Hier muss ich allerdings

sagen, dass besondere Situationen ausnahmsweise besondere Handlungen erfordern. Die Mittel wurden von mir veranschlagt, um in dem aktuell extrem akuten Problem der hausärztlichen Versorgung im Blauen Ländchen handlungsfähig zu sein. In den letzten Wochen und Monaten gab es keinen Tag, an dem ich mich nicht mit diesem Thema befassen musste. In ganz enger Abstimmung mit dem Stadtbürgermeister und den betroffenen Ortsbürgermeistern haben wir die Situation zur Kenntnis genommen, sehr konkrete Forderungen gestellt, ganz eng mit den Ärzten und auch der kassenärztlichen Vereinigung alle nur denkbaren Lösungsmöglichkeiten erörtert und versucht, der Bevölkerung zu vermitteln, dass wir uns kümmern, allerdings das Problem auch nicht alleine lösen können. Dabei war es mir von Beginn an wichtig, dass die Fäden auf Ebene der Verbandsgemeinde zusammenlaufen, denn ärztliche Versorgung kennt keine kommunalen Grenzen. Ebenso war es wichtig, und das haben wir glaube ich gut hinbekommen, dass wir unaufgeregt und sachlich mit dem Thema umgehen und vor allem keine politische Profilierung damit betreiben. Gerade für den letzten Punkt möchte ich mich ausdrücklich bedanken. Das hätte auch anders laufen können. Aber hier hat das Blauen Ländchen wieder einmal gezeigt, dass die gemeinsame Lösung eines gesellschaftlichen Themas höher steht als die parteipolitische Profilierung einzelner. Vielen Dank dafür.

Letztlich haben wir im Haushaltsplan 2020 der Verbandsgemeinde Nastätten deshalb Geld eingeplant, um dann handlungsfähig zu sein, wenn es erforderlich ist und um einen Wettstreit um Ärzte der verbandsangehörigen Kommunen untereinander zu verhindern. Denn letztlich ist es doch zweitrangig ob der Arzt oder die Ärztin in A-Dorf oder B-Dorf ist. Viel wichtiger ist, dass es überhaupt eine dauerhafte hausärztliche Versorgung in unserer Verbandsgemeinde gibt und daran arbeiten wir. Und dass es gut ist, wenn wir heute im Haushalt den Betrag beschließen, um handlungsfähig zu sein, wird sich später noch im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zeigen. Mehr kann ich dazu an dieser Stelle noch nicht sagen. Aber ich erkenne einen kleinen Lichtblick in der Thematik und wir werden, sobald alle Notwendigkeiten geklärt sind, die Öffentlichkeit unverzüglich darüber informieren. Und auch darüber hinaus werden wir nicht die Hände in den Schoß legen. Ich werde spätestens in der ersten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses weitere Maßnahmen vorstellen, die wir machen können und wie ich finde machen müssen, um neue Ärzte für die Region zu gewinnen. Vieles ist schon veranlasst, vieles ist aber auch noch möglich.

Auch der Bereich **Tourismus** soll in Zukunft in der Verbandsgemeinde eine größere Rolle spielen. Gelegen zwischen zwei Welterben östlich und westlich sowie zwischen zwei Ballungsgebieten nördlich und südlich und eingebettet in eine tolle Landschaft hat auch unsere Verbandsgemeinde eine gute Ausgangssituation. Nicht zuletzt die Buga 2029 sollte für uns Grund sein, hier mehr unsere Potentiale zu wecken.

Der zur Zeit bestehende Verein „Touristik im Blauen Ländchen“ steht vor Veränderungen und ich habe dem Verein zugesagt, dass ich mich gemeinsam mit dem auf VG-Ebene zuständigen Ausschuss bemühe, die Organisation zu reformieren und unsere touristische Ausrichtung zu überdenken. Hierfür haben wir einen kleinen Ansatz im Haushaltsplan vorgesehen, denn ohne externe Unterstützung wird ein solcher Prozess nicht möglich sein.

Während dies eher organisatorischer und struktureller Natur ist, würde ich auch gerne gemeinsam mit den Kommunen konkrete Projekte in den nächsten Jahren angehen. So gibt es schon Überlegungen, das Radwegenetz – auch im Hinblick auf E-Bikes – zu optimieren. Ebenso denke ich über die qualitative Verbesserung von Wanderwegen nach, und der Schaffung einer Wander- und Radverbindung unmittelbar zur Loreley.

Ich denke, hier gibt es einige gute Möglichkeiten, mit denen wir uns im zuständigen Ausschuss und weiteren Akteuren in nächster Zeit befassen werden.

Und gerade beim Thema Tourismus und Natur sind wir natürlich ganz nahe an dem weiteren großen Thema dieser Zeit, dem **Klimaschutz bzw. der Nachhaltigkeit**. Mit der EGOM haben wir in unserer Verbandsgemeinde eine Einrichtung, die ihres gleichen Sucht. Ich bin froh und stolz, dass die Verbandsgemeinde schon seit einigen Jahren Mitglied der EGOM ist. Vielen Dank an alle, die sich sehr sachlich in der EGOM engagieren und nicht ständig die großen Lösungen der großen Politik fordern, sondern durch viele Maßnahmen vor Ort einfach die Situation selbst in die Hand nehmen und mit kleinen Schritten einen konkreten Beitrag leisten. Wir als Verbandsgemeinde werden in den nächsten Tagen eine Ladesäule für Elektrofahrzeuge am Verwaltungsgebäude positionieren. Sobald dies erfolgt ist, werden wir gemeinsam mit der EGOM dort ein Car-Sharing-Fahrzeug stationieren, welches von der Bevölkerung genauso wie von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu Dienstfahrten gebucht werden kann. Ich bin überzeugt, dass dies ein guter Ansatz ist, und freue mich, dass wir diesen Weg so gehen können. Ebenso werden wir im Bereich der Stromversorgung neue Wege gehen. Aus vertraglichen Gründen nicht schon im kommenden Jahr, aber ab 2021. Wir werden das Jahr 2020 nutzen um in den Gremien der Verbandsgemeinde für unsere Abnahmestellen und in allen Stadt- und Gemeinderäten darüber zu beraten, welcher Strombezug ab 2021 gewünscht wird. Hierbei gibt es die Wahl zwischen konventionellen an der Strombörse gehandelten Strom oder Strom, der durch Zertifikate nachgewiesen unmittelbar und ausschließlich aus regenerativen Energiequellen gewonnen wird. Die Entscheidung liegt bei jeder Gemeinde selbst. Aber ich fände es super, wenn die Verbandsgemeinde Nastätten mit allen Gemeinden ab dem Jahr 2021 „100 %-Ökostrom-Region“ wäre. Auch das wäre meines Erachtens eine klare Botschaft und gewiss auch ein Faktor für ein nachhaltiges Standort-Marketing.

In jeder Verbandsgemeinde ist es so, dass ein Ausgaben Schwerpunkt die **Personalkosten** sind. Das nicht, weil Verbandsgemeinden extrem viel Personal beschäftigen. Gerade bei uns ist das Gegenteil der Fall. Aber die Verbandsgemeinde erbringt zu einem hohen Anteil Dienstleistungen für die Stadt und die Ortsgemeinden. Das ist sehr personalintensiv und führt eben zu diesem im Vergleich zu anderen Ausgabenblöcken verhältnismäßig hohen Anteil an Personalkosten.

Auch für das kommende Jahr gibt es im Stellenplan einige Veränderungen. Ganz allgemein sind natürlich die Tarifsteigerungen eingeplant. Darüber hinaus haben wir aber auch eine zusätzliche Stelle im Bereich EDV vorgesehen. Die eben von mir beschriebene Digitalisierung macht auch vor der Verwaltung nicht halt. So sind die Anforderungen in den vergangenen Jahren sprunghaft gestiegen und werden es auch weiterhin tun. Viele gute und interessante Ansätze hat die Digitalwerkstatt gebracht, die wir im Sommer dieses Jahres durchgeführt haben. Aber für die Umsetzung braucht es freie Ressourcen. Auch steigen die Anforderungen in der EDV der Schulen, der Feuerwehr und unserer Werke. Deshalb bitte ich auch hier um Zustimmung zu dieser Stellenausweitung. Ebenso gibt es eine zusätzliche Stelle im Bereich der Zentralabteilung, was mit einer internen Verschiebung zu begründen ist.

Neue Stellen werden bei uns nicht ohne Grund geschaffen. Gründe gibt es aber derzeit mehr als genug. Denn in den letzten Jahren haben die Aufgaben, mit denen wir uns zusätzlich beschäftigen, rasant zugenommen ohne dass die Kernaufgaben weniger geworden sind. Lassen Sie mich beispielhaft unsere Aufgabe im Bereich der Kommunalen Holzvermarktung nennen. Oder unseren Beitritt zur Kommunalen

Klärschlammverwertung Rheinland-Pfalz AöR. Oder die Gründung des Zweckverbands „gemeinsame Feuerwehrwerkstatt“ oder die vielen interkommunalen Projekte in den Werken. Zusätzlich kümmern wir uns mit großem Engagement um viele Fragen der Digitalisierung oder ganz neu um die ärztliche Situation, um Essen auf Rädern und vieles andere mehr. Ich möchte diese Aufzählung nicht als ein Jammern verstanden wissen. Aber ich will deutlich machen, dass sich die Aufgaben einer Kommunalverwaltung in den letzten Jahren sehr stark erweitert haben und dazu bedarf es einer adäquaten Personalausstattung.

Alles in allem ist es mir ein großes Anliegen, auch an dieser Stelle unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu danken. Wir sind in fast allen Bereichen der Verwaltung sehr eng besetzt. Die Wahrnehmung der regulären Aufgaben und der beschriebenen zusätzlichen Tätigkeitsfelder geht nur, weil wir auf ein motiviertes Team zurückgreifen können. Auch wir erleben derzeit eine hohe Fluktuation, ganz überwiegend durch altersbedingtes Ausscheiden. Bisher ist es uns gut gelungen, neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden und diese ins Team zu integrieren. Vielen Dank an die Politik, die unsere Vorschläge mitträgt und vielen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbst, die tagtäglich einen tollen Job leisten.

Meine Damen und Herren

Zukunft kann man nur aktiv gestalten, wenn man finanziell handlungsfähig ist. Und ich versichere Ihnen: Wir wollen gestalten. Wir wollen unseren Teil dazu beitragen, dass das Blaue Ländchen eine lebenswerte Heimat bleibt. Wir wollen, dass sich die Verbandsgemeinde Nastätten weiterentwickelt und auf zukünftige gesellschaftliche Entwicklungen einstellt.

Unsere Gemeinden sind gut aufgestellt und bilden die Basis für vieles. Über 13 Mio. € Rücklagen, Gesamtschulden von nur rund 3,8 Mio. € und die Schuldenfreiheit von mehr als zwei Drittel aller Gemeinden sprechen für sich.

Wir brauchen sicherlich keine Angst vor der Zukunft haben, aber wir sollten uns bewusst sein, dass die Aufgaben nicht weniger und nicht einfacher werden. Der ländliche Raum wird Unterstützung benötigen, um nicht an Lebensqualität zu verlieren, wenn gewohnte Infrastrukturen unrentabel werden und drohen wegzufallen. Die demographische Entwicklung wird voranschreiten und ein Umdenken in vielen Bereichen erfordern. Der Wettbewerb um Fachkräfte wird sich zuspitzen. Globalisierung und Digitalisierung werden weiter zunehmen. Ich bin fest davon überzeugt, dass der Stellenwert der Kommunen wachsen wird. Die Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens wird immer stärker vor Ort bestimmt. Die Wurzeln unserer Demokratie liegen in der Kommune und dies im guten Zusammenspiel zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Ich bin sehr dankbar, dass wir gemeinsam - Rat, Verwaltung und Gemeinden - uns diesen Aufgaben bewusst sind und wir verantwortungsvoll mit diesen Aufgaben umgehen.

Ich danke meiner Verwaltung, besonders Jürgen Kuhn mit seinem Team für diesen Haushalt. Ebenfalls meinen Beigeordneten für die gute Zusammenarbeit im Jahr 2019 und Ihnen für sehr zielführende und angenehme Beratungen in den Gremien. In diesen Dank schließe ich den Stadt- und die Ortsbürgermeister_innen mit ein. Mir ist sehr bewusst, welche Arbeit ihr vor Ort leistet und welches hohe Engagement dafür notwendig ist. Vielen Dank dafür.

Ich bitte nun um Beratung des Haushaltsplanentwurfes 2020 und anschließend um Ihre Zustimmung. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Sitzung VG-Rat 28.11.2019

TOP 11 – Beratung und Beschlussfassung über die Wirtschaftspläne 2020

Es gilt das gesprochene Wort

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir kommen zur Beratung und Beschlussfassung der Wirtschaftspläne für das Jahr 2020, die die Grundlage für den Bereich unserer beiden Werke sind.

Die Pläne wurden ausführlich im Werkausschuss vorberaten und dem Verbandsgemeinderat einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

Die Kalkulation für die Erfolgspläne in beiden Betriebszweigen erfolgt auf Basis der Entgeltsätze. Wie Sie alle wissen, haben wir in der letzten Sitzung des Verbandsgemeinderates eine stufenweise Anpassung der Entgelte im Betriebszweig Abwasser einstimmig beschlossen. Ich bin froh, dass wir diesen Weg gemeinsam so vereinbart haben. Er gibt dem Betriebszweig zum einen zusätzliche Liquidität und zum anderen eine Planungssicherheit. Der Wirtschaftsplan 2020 ist unter Berücksichtigung dieser Gebührenanpassung aufgestellt. Natürlich ist eine Entgelterhöhung nicht unbedingt das, was in der kommunalpolitischen Beratung die größte Freude bereitet. Nichts desto trotz oder gerade deshalb bin ich sehr froh, dass wir im Blauen Ländchen keine politischen Preise definieren, sondern dass wir uns hier an wirtschaftlichen Notwendigkeiten und an kalkulatorischen Grundlagen orientieren. Nicht erst seit dieser Erhöhung, sondern schon seit vielen Jahrzehnten hat diese Vorgehensweise gezeigt, dass damit eine seriöse und für den Gebührenzahler nachvollziehbare wirtschaftliche Betriebsführung möglich ist. Das ist nicht nur in der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung so vorgeschrieben, sondern das erwarten die Gebührenzahler auch – zu Recht – von uns.

Nicht zuletzt durch die Entgelterhöhung steigen die Erlöse. Aber nicht nur diese, sondern leider auch die Aufwendungen.

Beim Wasserwerk beläuft sich der auszuweisende Verlust auf rund 324.000 € Entscheidend und sehr wichtig ist aber, dass dieser Verlust nicht liquiditätswirksam wird, sondern dass wir mit einem Liquiditätsüberschuss von rd. 35.000 € rechnen können.

In der Abwasserbeseitigung planen wir mit einem Verlust von rd. 286.000 €. Hier wirkt sich die oben beschriebene Anpassung der Entgelte aus. Damit soll einem Liquiditätsverlust in 2020 entgegengewirkt und der in 2019 voraussichtlich entstehende evtl. sogar teilweise ausgeglichen werden.

Die Wirtschaftspläne sind auch die Grundlage für die bevorstehenden und notwendigen Investitionen im Bereich Wasser und Abwasser.

Gerade in einer Flächenverbandsgemeinde wie unserer ist die Anlagenintensität sehr hoch. In 32 Gemeinden bei insgesamt mehr als 6.100 Anschlussnehmern besteht unsere Verpflichtung, jeden Tag zu jeder Zeit qualitativ hochwertiges Frischwasser zu liefern und gleichzeitig für eine ordnungsgemäße und auf hohen Umweltstandards basierende Abwasserbeseitigung zu sorgen. Das machen wir gerne, müssen uns dabei aber auch fast täglich mit neuen Vorgaben und Richtlinien befassen, die nicht nur personell sondern insbesondere auch finanziell umzusetzen sind.

Das geplante Investitionsvolumen beläuft sich im Wasserwerk auf rund 4,68 Mio. € und im Abwasserbereich auf geplante 4,47 Mio. €. Dieses Volumen verteilt sich auf insgesamt 127 Einzelinvestitionsmaßnahmen in unterschiedlichen Größenordnungen. Auf Einzelbenennung von Maßnahmen möchte ich an dieser Stelle verzichten. Natürlich haben Sie gleich die Gelegenheit, Einzelfragen hierzu zu stellen, die wir dann gerne beantworten.

Wie hoch der tatsächliche Grad der Umsetzung sein wird, zeigt sich im Laufe des Jahres 2020. Letztlich besteht hier eine Abhängigkeit von Einflüssen Dritter. Ich denke

an Zuschussbewilligungen sowie Beschlusslagen und Planungsfortschritte in den jeweils beteiligten Gemeinden.

Dem ein oder anderen ist vielleicht aufgefallen, dass das veranschlagte Investitionsvolumen bei der Wasserversorgung deutlich über dem liegt, was z.B. im Vorjahr veranschlagt war. Die Gründe hierfür liegen insbesondere in den großen Projekten Verbundwasserleitung Bäderstraße und dem geplanten Bau des Hochbehälters Horstberg. Gerade diese beiden Projekte sind Beispiele für die immer wichtiger werdende interkommunale Zusammenarbeit und ich bin davon überzeugt, dass wir damit auf einem sehr guten Weg sind. Ebenso ist die mit dem Bau der Umgehungsstraße verbundene Umlegung der Wasserleitung bei Marienfels eine „Großinvestition“ im Jahr 2020

Während ich vorhin beim Haushaltsplan stolz auf die bevorstehende Schuldenfreiheit des Kernhaushaltes hingewiesen habe, zeigt sich im Bereich des Eigenbetriebes leider ein anderes Bild.

Mangels vorhandener Liquidität sind die Investitionen weit überwiegend über Kredite und Förderungen zu finanzieren. Dies führt zwangsläufig zu einer Verschuldung, die im landesweiten Vergleich bei den Eigenbetrieben dicht am Landesschnitt liegt. Allerdings darf bei dieser Diskussion nie vergessen werden, dass wir mit unserer Größe der Verbandsgemeinde mit 32 Gemeinden und einem entsprechend großem Netz hier eine besondere Schwierigkeit haben, die eben ihren Preis hat und in nicht allen Landesteilen so vergleichbar ist.

Neben den genannten Einzelmaßnahmen im operativen Geschäft arbeiten wir weiterhin auch an der Zukunftsfähigkeit der Werke.

Erfreulich ist, dass wir die im Jahr 2018 im Betriebszweig Wasserversorgung abgeschlossene TSM Zertifizierung nun auch im Bereich der Abwasserbeseitigung durchführen. Es ist fast ein Alleinstellungsmerkmal, dass sich ein Werk unserer Größenordnung diesem Verfahren stellt und im ersten Teil erfolgreich abgeschnitten hat. Dafür meinen Dank an die Mitarbeiter. Darauf können wir alle stolz sein.

Es zeigt sich wieder einmal, dass wir mit einer motivierten Truppe im technischen und kaufmännischen Bereich die Herausforderungen meistern und dabei auf ein weiteres gutes Miteinander mit den Mitgliedern im Werkausschuss und im Verbandsgemeinderat vertrauen.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen. Sie haben das Wort.